

Klimapolitik in Deutschland

Seid parteiisch!

Von Karl-Martin Hentschel

—Kürzlich schien es so, dass es eine abgestimmte Kampagne von AfD, CDU, CSU, FDP und Teilen der SPD gibt, um die zweite Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zu Fall zu bringen. Gleichzeitig haben viele Menschen den Eindruck, dass die Klimapolitik der Bundesregierung scheitert. Während viele Bürger*innen die Lust am Klimaschutz verloren haben oder das Ganze sowieso für Unsinn halten, beklagt die Klimabewegung mangelnde Radikalität.

Tatsächlich aber ist die Bilanz gar nicht so schlecht. Während die alte Bundesregierung die konkreten Maßnahmen in die ferne Zukunft nach 2040 verschob, ist es Robert Habeck als Wirtschafts- und Klimaschutzminister in den letzten eineinhalb Jahren gelungen, relativ geräuschlos die Weichen der Energiepolitik komplett neu zu stellen und über 30 Gesetze durch den Bundestag zu bringen. Im Folgenden die Highlights der wichtigsten Gesetze (1):

- Kohleausstieg im Rheinland von 2038 auf 2030 vorgezogen.
- Ausbau erneuerbarer Strom: 80 Prozent bis 2030, 100 Prozent bis 2035. Da der Strombedarf sich mehr als verdoppeln wird (Elektroautos, Wärmepumpen, Umstellung der Industrie) bedeutet das eine Vervierfachung der Kapazität der Erneuerbaren bis 2045 (ohne Importe).

- Windenergie an Land: Bundesländer müssen zwei Prozent der Fläche dafür ausschreiben.
- Windenergie auf See: Ausbauplan auf 70 Gigawatt (GW) angehoben.
- Stromnetzplanung beschlossen unter anderem für vier große Gleichstromtrassen von Nord nach Süd, von denen ein großer Teil bereits in der Planung ist.
- 1. Novelle GEG – Standards für Neubauten
- Aufteilung der Heizungskosten: Je nach Energiestandard trägt der Vermieter künftig von Null bis 95 Prozent der Kosten.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nun von überragendem öffentlichem Interesse.
- Neuordnung des Verhältnisses zwischen Klimapolitik und Naturschutz beschlossen. Zudem sind weitere Gesetze in Arbeit:
- Wärmeplanungspflicht der Kommunen: Wärmenetze sollen bis 2030 zu 50 Prozent und bis 2045 zu hundert Prozent klimaneutral sein.
- Energieeffizienzgesetz
- Speicherausbau
- Wasserstoffnetz

Mehr Tempo und Effizienz nötig

Gleichzeitig gelang es, die Energieversorgung – trotz des Stopps der Gaslieferungen aus Russland – sicherzustellen und den Atomausstieg durchzuführen, ohne

die Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu reduzieren. Im Ministerium sagte mir jemand, das Arbeitstempo habe sich vervierfacht.

Auch die Impulse der Grünen in der Verkehrspolitik sind trotz der Zugeständnisse bei den Sektorzielen und der Verweigerungshaltung des Verkehrsministers Volker Wissing nicht von Pappe: Zusätzlich 20 Milliarden für den Ausbau der Bahn führen zwar zu massenhaften Baustellen und Verspätungen, sind aber ein Signal für ein ungewohntes Tempo. Und das 9-Euro-Ticket und seit Mai 2023 das 49-Euro-Ticket sorgen für einen Ansturm von Kund*innen auf die Bahn (trotz Baustellen!), wie es ihn historisch noch nie gegeben hat.

Beachtlich ist auch der Schub für die Klimawende durch die EU-Politik. Saß Deutschland bislang regelmäßig im Bremserhäuschen, so schiebt es nun den Zug kräftig an. Verantwortlich dafür ist der ehemalige EU-Abgeordnete und Attac-Aktivist Sven Giegold als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Beschlossen wurden bereits die Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2030 und verbindliche Ziele für die Sektoren Verkehr, Industrie und Wärme. Der Emissionshandel wird auf 85 Prozent der Emissionen erweitert (d. h. auf fast alle Sektoren außer der Landwirtschaft – also endlich auch auf Verkehr und Wärme). Das Ende der Verbrennungsmotoren wurde für 2035 vereinbart. Außerdem wurde ein Klimasozialfonds im Volumen von 86 Milliarden Euro geschaffen.

Mein bisheriges Fazit lautet daher: Habeck schafft mit erstaunlicher Effizienz Fakten, an denen die Störmanöver der FDP und die

Kampagne der Opposition nur punktuell etwas ändern können. Natürlich mahnen Klimabewegung und -wissenschaft noch mehr an – das ist auch gut so! Doch das Hauptproblem der Klimapolitik in den kommenden Jahren liegt woanders: Die praktische Umsetzung der Gesetze muss in den Kommunen und Ländern sowie durch die Bürger*innen selbst erfolgen. Es ist kein Zufall, dass die große Auseinandersetzung um die Zukunft beim Thema Heizungen eskaliert ist. Nach den aktuellen Schätzungen wird die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft etwa zwei bis 2,5 Billionen Euro kosten, ein Drittel davon wird die Sanierung und Modernisierung von Häusern ausmachen. (2) Dabei werden erhebliche Kosten auf die Eigenheimbesitzer*innen der Mittelschicht zukommen, die angesichts der Inflation sowieso in Panik geraten. Bei einem massiven Widerstand vor Ort wird die Umsetzung der Politik schwierig – selbst wenn das Gebäudeenergiegesetz nun verabschiedet wurde. Im Moment kämpfen daher Habeck, die grüne Bundestagsfraktion sowie Tausende von Abgeordneten, Ratsmitgliedern und Aktivist*innen vor Ort einen verzweifelten Kampf.

Schwerer als gedacht

Offensichtlich hat der Klimaschutzminister den Widerstand aufgrund seiner Erfahrungen als Umweltminister in Schleswig-Holstein unterschätzt. In dem konservativ strukturierten Bundesland hatte Habeck zwischen 2017 und 2022 mit enormer Konsequenz den Klimaschutz vorangebracht und sogar den Moorumbau und eine naturverträglichere Agrarpolitik angesprochen. Inzwischen produziert das Bundesland

180 Prozent erneuerbaren Strom; Kohleausstieg und Leitungsbau sind fast abgeschlossen. – All das hat Schleswig-Holstein klimapolitisch zur Nummer 1 in Deutschland gemacht. Allerdings hatte Habeck das heikle Thema Wärmewende im nördlichsten Bundesland noch nicht angefasst. Bei diesem Thema ist Baden-Württemberg Vorbild, wo Klimaschutz schon zur kommunalen Pflichtaufgabe für Kommunen ab 10.000 Einwohner*innen gemacht wurde.

Die politische Lage in Schleswig-Holstein war völlig anders als im Bund. In der schwarz-grün-gelben Koalition gelang es, die Klimapolitik weitgehend geräuschlos durchzuführen. Die schwarze Basis auf dem Lande blieb ruhig. Das lag auch daran, dass die traditionell beim Naturschutz rebellischen CDU-Kreisverbände Dithmarschen und Nordfriesland an der Westküste mit Windkraft und Biogas kein Problem haben, weil die Bauern und Bäuerinnen dadurch gut verdienen. Und die FDP konzentrierte sich auf ihre Aufgaben im Sozial- und Justizministerium und störte kaum.

Im Bund ist die Lage mit der CDU in der Opposition und einer verzweifelten FDP, die wieder mal versucht, sich durch Obstruktion zu profilieren, völlig anders. AfD, CDU/CSU und FDP kämpfen mittlerweile Seite an Seite gegen den Klimaschutz – als sei der Klimaschutz der Ruin der Wirtschaft und der privaten Eigenheimbesitzer und Autofahrerinnen. Und der Kanzler hält sich bedeckt, um die Koalition zusammenzuhalten. Ihm und auch den Grünen ist bewusst, dass ein Bruch der Koalition die Klimapolitik mit Sicherheit nicht besser macht. Außerdem wissen die Konservativen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Sobald es konkret

wird und den einzelnen betrifft, kippt die Begeisterung für Klimaschutz nämlich bis weit in die Mittelschichten.

Und natürlich geht es um Milliardenengeschäfte. Die fossile Industrie und auch viele kommunale Unternehmen wehren sich mit allen Mitteln gegen konkrete Festlegungen, weil damit Investitionen entwertet werden. Ich vermute, dass interessierte Geldgeber*innen Millionen ausgeben, um die Lebensgeschichte und das private Umfeld jedes und jeder Grünen in der Regierung akribisch zu durchforsten, um sie persönlich diskreditieren zu können.

Klimageld muss kommen

Entscheidend aber scheint mir die offene Flanke der Klimapolitik zu sein: Im Koalitionsvertrag stand der lakonische Satz: „Um einen künftigen Preisanstieg zu kompensieren [...], werden wir einen sozialen Kompensationsmechanismus [...] entwickeln (Klimageld).“ (3) Aber bis heute liegt immer noch kein Konzept für ein Klimageld vor (4). Kein Wunder – denn verantwortlich dafür ist der Finanzminister Lindner.

Dabei sind sich Wissenschaftler*innen – wie zuletzt die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm (5) – Fachleute und Klimabewegung weitgehend einig. Es sollte ein Klimageld pro Kopf geben, das aus den Einnahmen des Emissionshandels gespeist wird. Das würde bedeuten, dass die sozial schwächeren Haushalte, insbesondere die mit Kindern, bei den Folgekosten voll oder sogar überkompensiert werden. Die Mittelschicht sollte das Gleiche bekommen. Die bestverdienenden Haushalte könnten ausgenommen werden. Wichtig ist: Es müssen jetzt schnell Entscheidungen gefällt werden.

Wenn große Teile der Gesellschaft den Eindruck bekommen, dass Klimaschutz eine teure Veranstaltung ist, die sich nur Wohlhabende leisten können, wird die Klimapolitik scheitern!

An dieser Stelle muss aber auch die Klimabewegung endlich wieder aufwachen, die sich angesichts der Debatte in einer Art Schockstarre befindet oder wie die letzte Generation mit einer falschen Strategie viele Menschen gegen sich aufbringt, anstatt sich gegen die zu wenden, die verantwortlich sind. Das bedeutet: Wissenschaftlerinnen, Fachleute und engagierte Klimaschützer sollten klar Partei ergreifen und nicht so tun, als ständen sie weise und neutral daneben. Robert Habeck ist einer der besten Politik-Erzähler, den wir haben. Jede*r Expert*in oder Aktivist*in, die oder der an seiner Stelle stünde, würde es nicht besser ergehen. Es gibt nun mal keine Mehrheit für engagierten Klimaschutz im Bundestag. Das ist die bittere Wahrheit. Und trotzdem muss die Situation, dass es ein grünes, mit starken Kompetenzen ausgestattetes Klimaministerium gibt, maximal genutzt werden. Gegen alle Widerstände. Da sind Fridays for Future und alle anderen Klimabewegten gefordert. ———

Anmerkungen

(1) Vgl. www.bmwk.de/Redaktion/DE/Meldung/2022/20220923-ueberblick-gesetzesvorhaben-bmwk-januar-bis-november-2022.html#Gesetze

(2) Vgl. <https://handbuch-klimaschutz.de/anlagen/> die NRW-Studie und die Anlagen 10, 11 und 33.

(3) www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1, S. 63.

(4) Vgl. www.bmwk.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2023/07/7-120.pdf?__blob=publicationFile&v=6

(5) Vgl. www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2023/06/05-wortmeldung-grimm.html

Zum Autor

Karl-Martin Hentschel ist Diplom-Mathematiker und Autor. Während der Amtszeit von Heide Simonis war er von 2000-2009 Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Schleswig-Holstein. Er ist Mitglied im Bundesvorstand des Vereins Mehr Demokratie e. V.

Außerdem arbeitet er ehrenamtlich für Attac e. V. und vertritt ihn im Vorstand des Netzwerks Steuergerechtigkeit.

Kontakt

Karl-Martin Hentschel
E-Mail karl.m.hen@gmail.com
